

Kirche und Papst in der polnischen Krise*

Dr. Hansjakob Stehle, geb. 1927 in Ulm, 1950 Promotion in Geschichte, 1957-1962 erster Polen-Korrespondent der FAZ, seit 1964 ständiger Mitarbeiter der „ZEIT“, seit 1967 Ost- und Südosteuropa-Korrespondent, seit 1970 Italien- und Vatikan-Korrespondent von NDR und WDR in Rom.

Gestiegenes polnisches Selbstbewußtsein nach der Papstwahl

Stets geistige Führungskraft der Nation, doch seit Jahrhunderten eingebunden auch in deren politisch-historisches Schicksal, hat die römisch-katholische Kirche Polens schon beim Ausbruch der Krise im August 1980, dann in den sechzehn Monaten der Erneuerungsbewegung, aber auch seit deren jähem Ende im Dezember 1981 eine kaum überschätzbare Rolle gespielt — sei es als ursächlicher oder auslösender, vorantreibender oder bremsender Faktor, gewollt oder ungewollt. Dabei wird von katholischer wie kommunistischer Seite der Figur Papst Johannes Pauls II. eine fast entscheidende Bedeutung zugemessen:

„Dieser polnische August wäre nicht möglich gewesen ohne einen Polen auf dem Stuhl Petri“, schrieb Jerzy Turowicz, Chefredakteur des katholischen „Tygodnik Powszechny“ schon bald nach dem erfolgreichen Ausgang des Kampfes um Lega-

* Dieser Beitrag erscheint gleichzeitig in der Folge 6/1982 der Zeitschrift „Europa-Archiv“. Wir drucken ihn mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Verlags für Internationale Politik Bonn, bei dem das Copyright liegt.

lisierung der Solidarność-Gewerkschaft¹, und Jerzy Urban, bis heute Regierungssprecher, bekannte noch wenige Wochen vor Verhängung des Kriegszustandes: „Alles, was die Leute gegen die Staatsmacht hatten, kanalisierte sich in der Kirche, und verstärkt wurde diese religiöse Meinung noch durch die Wahl eines Polen zum Papst; als dieser nach Polen kam, wußte ich, daß da eine gewisse politische Epoche stirbt...“². Rückblickend meint zwar Vizepremier Mieczyslaw Rakowski, auch ohne den polnischen Papst und seinen Polenbesuch vom Sommer 1979 wäre es „zur Geburt von Solidarność gekommen, weil die Ursachen der Krise tief in der politischen Struktur und wirtschaftlichen Lage Polens verwurzelt waren“, aber auch er gibt zu, „daß diese beiden Elemente eine *moralische Waffe* von beträchtlicher Wirkung lieferten.“³

Was Papst Wojtyła schon bei seinem Amtsantritt am 22. Oktober 1978 als Pastoralprogramm verkündet hatte („Öffnet die Grenzen der Staaten, die wirtschaftlichen und politischen Systeme“), gewann bei seiner Polenreise praktische, auch politische Konturen. Er glaube, daß er die Polen „im Selbstbewußtsein stärken“ und daß dies auch auf ganz Osteuropa wirken werde, so hatte er während des Fluges nach Warschau erklärt⁴, vor dem Rückflug jedoch hatte er auch dem Regime Anerkennung gezollt für den „Akt des Mutes“, der dies ermöglicht und so den „Willen zur Annäherung zwischen den Völkern und Systemen“ bezeugt habe. Gewiß, die mystisch-romantisch getönte Selbstdarstellung des „slawischen Papstes“, die inmitten des Sowjetblocks Millionen Menschen auf Straßen und Plätzen für Religion mobilisierte, konnte nur mittelbar als systemverändernde Botschaft verstanden werden; sie enthielt immer wieder und ausdrücklich auch Signale, in denen das christliche Menschenbild, sein Arbeits- und Friedensethos, als Stabilisierungsfaktor *jeder* Gesellschaftsordnung angeboten wurde⁵. Zum Beispiel, als der Papst zwar nicht in Nowa Huta (wo ihn die ängstliche Regierung nicht auftreten ließ), aber im benachbarten Mogila zu den Arbeitern der Hüttenstadt sprach: „Christus will niemals, daß der Mensch nur als Produktionsinstrument anerkannt wird... Daran müssen Arbeiter und Arbeitgeber, Arbeits- und Lohnsystem, Staat, Nation und Kirche denken... Die Kirche möchte sich zum Wohle des Menschen *mit jedem Arbeitssystem verständigen*, sie bittet nur dieses System, daß es ihr erlaubt, zum Menschen von Christus zu reden, ihn nach dem Maß der Menschenwürde zu lieben ... Das gigantische polnische Werk namens ‚Nowa Huta‘ habe ich zusammen mit euch Direktoren, Ingenieuren, Kumpeln, Arbeitern, Ministern [!] im Geiste brüderlicher Solidarität erbaut, auf dem Fundament des Christuskreuzes.“⁶

1 In einem Aufsatz für die katholische Zeitung „L'Avvenire“ (Mailand) v. 16. Oktober 1980.

2 Vgl. Urbans Interview für „Zycie Literackie“ (Krakau) v. 1. November 1981

3 Vgl. Rakowskis Interview für „The Times“ - 23. Februar 1982

4 Im Gespräch mit dem Verf. (lt. Tonbandaufzeichnung)

5 Vgl. Stehle „Die Ostpolitik des polnischen Papstes“ in: Europa-Archiv 14/1979, S. 431 ff.

6 Vgl. die auf Grund der gesprochenen Texte zusammengestellte Sammlung päpstlicher Ansprachen in Polen: „Jan Pawel II na Ziemi Polskiej“, Libreria Editrice Vaticana, 1979, S. 249/50

Bei aller Ausgewogenheit und Umsicht in der Formulierung konnten religiöse Appelle dieser Art jedoch schwerlich konfliktmildernd und schon gar nicht als einschläferndes „Opium“ im Sinne der amtlichen Ideologie wirken. In Polens Lage Ende der siebziger Jahre, ihren wachsenden ökonomischen und sozialen Spannungen, konnte ein christlicher Humanismus, wie ihn Johannes Paul II. verkündet, nur die Eigendynamik dieser Situation stimulieren. War Religion der „Seufzer der bedrängten Kreatur“ (Karl Marx), dann wurde hier daraus - in ganz anderem Sinne - der Aufschrei des Protestes, der Ruf nach Reform, ja Revolutionierung eines zugleich ohnmächtigen wie übermächtigen Regimes. Das patriotische Pathos, ausgestattet mit der moralisch-religiösen Autorität einer übernationalen, weltweiten Kirche, verwandelte sich in reale Kraft, aber auch in irrealer Adventserwartung. Ein Papst, der sich von einer politisch verstandenen „Theologie der Befreiung“ entschieden distanziert, seine Kirche von Politik „freihalten“ und „nur“ für den Menschen optieren lassen will⁷, sah sich plötzlich zum Protektor und Garanten einer politisch explosiven Volksbewegung gemacht: Sein Bild mit dem der Madonna über den streikenden und betenden Arbeitern am Tor der Danziger Werft war zum Fanal ihres Kampfes geworden.^{7a}

Die Kirche im Konflikt zwischen Staat und Solidarność

Doch vor eben einer solchen Rolle schreckte die Kirche alsbald zurück; wie in allen Krisenmonaten Polens seit 1956 postierte sie sich nun zwar an der Spitze der neuen Bewegung, jedoch um diese zu zügeln und ihre Energien für einen neuen möglichst besseren Kompromiß zu nutzen.

Der sonst durchaus streitbare Kardinalprimas Stefan Wyszyński war sich stärker als die meisten seiner Gläubigen und Priester der Grenzen bewußt, die das Sowjetimperium dem polnischen Eigenleben zieht; deshalb orientierte er auch jetzt wieder sein Verhalten vor allem an der Raison nationaler wie kirchlicher Selbsterhaltung und nicht so sehr an der Gefühlsaufwallung seiner Landsleute. Noch am 15. August, am Tage nach dem Streikbeginn in Danzig, erinnerte er in Cestochowa mit polemischem Unterton an das militärische „Wunder an der Weichsel“, das sechzig Jahre zuvor Polen vor der Roten Armee gerettet hatte; am 17. August jedoch, als sich die Streikwelle ausdehnte und zuspitzte, sprach er in einer Predigt in Wambierzyce - ohne die Streiks zu erwähnen - von den Voraussetzungen „für Frieden und Gleichgewicht“ im Lande: „Ehrlich arbeiten, nichts verschwenden, sparen, weniger Kredite verlangen, weniger exportieren und besser die Bedürfnisse der Nation befriedigen, auch ihre moralischen, sozialen, religiösen, kulturellen..“⁸ Mit einem kurzen

⁷ Vgl. Ansprache an die lateinamerikanische Bischofskonferenz in Puebla („Osservatore Romano“ v. 29. Januar 1979)

^{7a} Vgl. die Untersuchung von Brigitte Waterkott über den polnischen Messianismus in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 4. 3. 1982, S. 11.

⁸ Wortlaut dieses und der folgenden Texte in „CSEO-Documentazione“ Nr. 152

Brief an Wyszyński meldete sich am 20. August zum erstenmal besorgt auch der Papst zu Wort und stärkte dem Primas den Rücken „bei der Verteidigung unserer Nation“ im Verlangen „nach dem täglichen Brot, der sozialen Gerechtigkeit und der Sicherung ihrer unverletzlichen Rechte auf eigenes Leben und Entwicklung.“⁹

Drei Tage nachdem Parteichef Edward Gierek endlich Verhandlungen mit den Streikenden in Danzig hatte beginnen lassen, riet Wyszyński am 26. August den Arbeitern so eindringlich zur Mäßigung, daß Gierek diese Predigt des Kardinals - als erste in Jahrzehnten - durch Fernsehen und Radio übertragen ließ, allerdings nach Entfernung von Sätzen, die sich gegen die Propagierung von Atheismus und Laisierung wandten und auf die Souveränität Polens innerhalb des Warschauer Paktes pochten. Was viele Polen jedoch in Staunen versetzte, bei den Danziger Arbeitern Unmut auslöste („Die Madonna streikt“) und dem Kardinal von der führenden Zeitschrift der polnischen Emigration sogar den Vorwurf eintrug, er setze „die Autorität der Kirche aufs Spiel“¹⁰, war durch Sätze wie diese hervorgerufen: „... Für unser Land ist die Stunde der Gewissenserforschung gekommen. Niemand von uns ist frei von Schuld... Der Mensch hat das Recht, seine Anliegen zu vertreten, sogar durch Arbeitsenthaltung. Wir wissen aber, daß dies ein sehr teures Mittel ist, dessen Kosten in Milliardenhöhe auf der Volkswirtschaft lasten und das Leben der ganzen Nation treffen... Ich meine, es bedarf manchmal geringer Forderungen, um in Polen Ordnung herzustellen. Sie können berechtigt sein und, im allgemeinen, sind sie es auch, aber sie können nie sofort und ganz erfüllt werden. Ihre Erfüllung muß in Etappen geschehen. Man muß also miteinander sprechen...“

Ähnlich äußerte sich am 27. August der vom Primas geführte Zentralrat der polnischen Bischofskonferenz, der „sowohl den streikenden Arbeitern und ihren Komitees wie auch den Staatsbehörden seine Anerkennung dafür ausdrückte, daß sie einen Umsturz der öffentlichen Ordnung zu vermeiden wußten“ und beide Seiten zum „ehrlichen Dialog“ aufforderte. Drei Tage später beendete in Danzig eine erste Abmachung den Streik. Dazu bedurfte es freilich, wie man erst später erfuhr,¹¹ eines direkten Eingreifens des Primas. In der Nacht vom 27. auf den 28. August hatte Wyszyński seinen Sozialbeauftragten Romuald Kukulowicz direkt zum Politbüro der Partei mit einem Angebot entsandt: Unter seiner, Wyszyńskis Autorität, sollte eine dreiköpfige Vermittlungskommission gebildet werden, um die festgefahrenen Danziger Verhandlungen aus der Sackgasse zu führen. Erst nach stundenlangem Zögern stimmte die Parteiführung zu; Kukulowicz konnte zusammen mit seinen Kollegen, den katholischen Advokaten Andrzej Wielowieyski und Andrzej

9 Erst zweieinhalb Wochen später erlaubte die Zensur den Abdruck des Papstbriefes (vgl. Tygodnik Powszechny v. 7. September 1980)

10 Vgl. „Kultura“ (Paris) Nr. 1/81. Hier wurde das Verhalten des Primas sogar mit dem Marschall Petains während der deutschen Besetzung Frankreichs verglichen.

11 Vgl. Interview mit Kukołowicz in „WTK“ (Breslauer Katholische Wochenzeitung) v. 30. August 1981

Świącicki, mit schriftlicher Beglaubigung durch den Primas nach Danzig fliegen und auf Lech Wałęsa, aber auch seine staatlichen Gesprächspartner einwirken. (Als Berater von „Solidarność“ wirkte das Dreiergremium in diesem Sinne - mit wechselndem Erfolg — bis zur Katastrophe des 13. Dezember 1981, aber auch danach, im Auftrag des neuen Primas Glemp, als dieser Kontakt zur internierten Gewerkschaftsführung aufnehmen durfte.)

Zweifellos war die vorsichtige Haltung Wyszyńskis auch durch die Ungewißheit bedingt, ob der erzwungene Machtwechsel in der Partei- und Staatsführung, wie er sich dann am 5. September vollzog, die relativ erträgliche Lage der Kirche in der Gierek-Ära verschlechtern oder aber Chancen einer Verbesserung eröffnen würde. Gleichwohl nutzte das Episkopat durchaus die Lage für die kirchlichen Eigeninteressen, aber auch, um sich selbst als Sprecher der Menschen- und Bürgerrechte zu präsentieren: Die Forderung der Streikbewegung nach Versammlungs- und Gewerkschaftsfreiheit, freier Information und Meinung, menschlichen Arbeitsbedingungen und gerechtem Lohn machte sich das Episkopat schon in seiner Erklärung vom 27. August zu eigen. Nach langer Untätigkeit konnte am 24. September die „Gemeinsame Kommission von Episkopat und Kirche“ unter dem Vorsitz des Krakauer Kardinals Macharski und des Vizepremiers Barcikowski wieder aktiviert werden. Ihre Verhandlungen führten in den folgenden Monaten zur Erfüllung wichtiger kirchlicher Wünsche: verbesserte Stellung der Diözesanseminare, Befreiung der Seminaristen vom Militärdienst, erhöhte Auflagen der Kirchenpresse, Rückführung der „Caritas“ unter kirchliche Leitung, Übertragung der Sonntagsmesse im Rundfunk, Einfuhr und unzensurierte Verbreitung der polnischen Monatsausgabe des „Osservatore Romano“ und - nicht zuletzt - Bereitschaft des Staates, über einen gesicherten Rechtsstatus der Kirche mit sich reden zu lassen.

Der neuen Parteileitung unter Stanislaw Kania lag am engen Kontakt mit der Kirche schon deshalb, weil sie selbst außerstande war, sich führend (und kontrollierend) an die Spitze der - auch von ihr beschworenen - „Erneuerung“ (*odnowa*) zu stellen, dieser vielmehr nur Schritt für Schritt Raum gab, von neuen Streiks und Konflikten, aber von der Furcht vor sowjetischer Intervention unter Druck gesetzt.¹² Andererseits ließ die Bischofskonferenz nach ihrer Sitzung vom 15./16. Oktober erkennen, daß sie sich dieser Lage durchaus bewußt war, aber auch der Notwendigkeit, ihr Bemühen um Ausgleich und Beruhigung in engem Kontakt mit der Erneuerungsbewegung fortzusetzen. Während Lech Wałęsa am 5. Oktober in einem Interview mit der katholischen Wochenzeitung „Kierunki“ darauf hinwies, daß seine Gewerkschaft, in der es auch Atheisten gebe, bei aller Anerkennung der moralisch-religiösen Inspiration durch die Kirche „keine Kapellen bauen“ und ihren eigenen Weg gehen werde, hieß es im Kommuniqué der Bischöfe vom 17. Oktober:

¹² Vgl. Christoph Royen „Der polnische Sommer 1980“ in: Europa-Archiv 4/1980

„Die Bischöfe teilen die Sorgen des werktätigen Volkes, unterstützen es moralisch und verteidigen seine berechtigten Rechte. Gleichzeitig drücken sie ihre Überzeugung aus, daß nach der Anerkennung der Arbeiterrechte - der Festlegung des Status der neuen Gewerkschaft - alle mit verstärkter Energie und Eifer ihre Pflicht erfüllen, auf allen Gebieten der Arbeit und des nationalen Lebens. Gegenwärtig brauchen wir den inneren sozialen Frieden, eine Stabilisierung der inneren Lage, auf der Basis der zwischen Staatsmacht und Gesellschaft vereinbarten Abkommen und - damit verbunden - eine wirtschaftliche Ordnung, damit wir eine bessere Zukunft bauen und die Sicherheit eines freien Vaterlandes stärken können..“^{12a}

Was mit „Sicherheit“ gemeint war zu einem Zeitpunkt, als sich wachsende Kritik an Polens Kurs in den Nachbarländern bemerkbar machte, ließen die Bischöfe delikat anklagen: „... Alle Polen wollen sich als Herren im eigenen Haus fühlen, doch muß man auch Zeit und Ort in Betracht ziehen. Deshalb muß unsere Aktivität besonnen sein und die öffentliche Ordnung sichern“.

Zwei Tage bevor Kardinal Wyszyński am 23. Oktober nach Rom reiste, einigte er sich bei seiner ersten Begegnung mit Parteichef Kania darüber, daß „die konstruktive Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche den Interessen der Nation dient und daher fortgesetzt für Polens Wohl und Sicherheit“¹³. Bei Johannes Paul II. fand der Primas dafür volles Verständnis; der Papst, der sich öffentlich Zurückhaltung auferlegte, übermittelte am 8. November durch Wyszyński an die Solidarność-Führung die dringende Bitte um „große Geduld und großes Maßhalten“. Dies dürfte wesentlich dazu beigetragen haben, daß das dramatische politische Tauziehen um die Form der gerichtlichen Registrierung von „Solidarność“ am 10. November mit einem Kompromiß endete, der die Gewerkschaft jedoch voll legalisierte. Ihr Führungsgremium (mit Lech Wałęsa) begab sich vom Gericht direkt zum Palais des Primas, der nun mit Berufung auf sein Gespräch mit dem Papst in einer programmatischen Rede ihre Begeisterung dämpfte: „...Wenn ihr auch verschiedenen Versuchungen politischer Natur unterliegt, erinnert euch, daß euer erstes Ziel die Realisierung beruflich-sozialer Aufgaben ist: Verteidigung des arbeitenden Menschen, hygienische Verhältnisse und Sicherheit am Arbeitsplatz, Einhaltung des Arbeitsrechts, der Sozialgesetzgebung... Streiks sind ein letztes, kostspieliges Argument... Gewiß, ihr habt viele Forderungen, Bedürfnisse, Wünsche, aber alles hat seine gewisse Hierarchie: es gibt Dinge, die der heutige Staat geben kann und solche, die er, auch wenn er am besten organisiert wäre, nicht geben kann... Das wichtigste ist, die Nation und die Familien zu retten, aber *im* gegenwärtigen System (*a w obecnym systemie*)..“¹⁴

12a „Ossservatore Romano“ (polnische Ausgabe), Nr. 9/1980

13 Radio Warschau am 22. Oktober 1980

14 Voller Wortlaut in „Słowo Powszechne“ v. 21. November 1980

Diese Grenzen des Systems unangetastet zu lassen, mußte der Gewerkschaftsführung um so schwerer fallen, je mehr sich in ihren Reihen das Gewicht politisch geschulter Intellektueller bemerkbar machte. Diese sahen in jedem ihrer, nach immer neuen Kraftproben erzielten Erfolge den Beweis weiterer Möglichkeiten; sie waren auch nicht (oder nicht so) wie der Arbeitertribun Wałęsa kirchlich gebunden. Um so mehr brachte die Kirche diese Bindung in kritischen Momenten in Erinnerung - so, als am 16. und 17. Dezember 1980 Kardinal Macharski, Bischof Glemp (damals Olsztyn/Allenstein) und Bischof Dąbrowski, der Sekretär des Episkopats, nach Danzig und Gdingen zur Denkmalseinweihung für die Opfer der Unruhen von 1970 reisten, um diese emotional geladenen Jubiläen möglichst zu entpolitisieren und als „Gebetstage für die Einheit der Nation“ zu zelebrieren. Kurz vorher, am 12. Dezember, hatte die Bischofskonferenz wiederum gewarnt vor „Aktivitäten, die das Vaterland einer Bedrohung seiner Freiheit aussetzen“ und die Erneuerung abbremsen könnten. Nach der Konferenz hatte der Episkopatssprecher Alojzy Orszulik den (von der Partei heftig attackierten) marxistischen Dissidenten Jacek Kuron kritisiert. Dessen Äußerungen könnten bei Polens östlichen Nachbarn „Nervosität erregen“. Orszulik, der nie ohne Auftrag des Kardinalprimas aufzutreten pflegte, wurde deshalb auch von katholischen Laienkreisen heftig gerügt. Der Vorfall hatte jedoch blitzartig erkennen lassen, mit welcher Besorgnis die Kirche den politischen Einfluß des „Komitees zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung“ (KOR), dem Kuron angehörte, auf „Solidarność“ beobachtete. Die Gewerkschaft behutsam an die eigene Hand zu nehmen, war daher - trotz der Risiken, die auch darin steckten - ein dringendes Bedürfnis der Kirche. Fast wie ein Staatsbesuch wurde am 15. Januar 1981 in Rom die Spezialaudienz des Papstes für Lech Wałęsa und sein Führungsteam zelebriert. In die erste Reihe hatte der Vatikan mit Bedacht auch den polnischen Vatikangesandten Kazimierz Szablewski und seine Mitarbeiter¹⁵ gesetzt, die der Papst schon in seinen ersten Sätzen „mit Freude“ begrüßte; ihre Anwesenheit diente ihm noch ein Jahr später, im Schatten des Kriegsrechts in Polen, als Argument, um auf die Legalität von „Solidarność“ zu pochen.¹⁶ Jetzt rühmte er, wie mehrmals zuvor, die „Reife“ seiner Landsleute, ja seine eigene „möglichst diskrete Art“, in der er bisher die Krise aus der Ferne begleitet hatte. Die Legalisierung von „Solidarność“ erlaubte ihm nun, die Erneuerungsbewegung offen, mit seinem ganzen missionarischen Temperament zu umarmen und zugleich zu versuchen, sie - mit vatikanisch-diplomatischer Methodik - zu bändigen und abzusichern: „Es gibt nicht - weil es auch nicht geben darf - einen Gegensatz zwischen dieser Art autonomer gesellschaftlicher Initiative von Arbeitern und der Struktur eines Systems, das sich auf die menschliche Arbeit als Grundwert des Staats- und

15 Er ist als Chef der „Arbeitsgruppe für die ständigen Arbeitskontakte zwischen der Regierung der polnischen Volksrepublik und dem Heiligen Stuhl“ zum ersten Mal in die Diplomatensliste des „Anuario Pontificio 1982“ aufgenommen.

16 Rede an europäische Gewerkschafter (unter ihnen DGB-Vorsitzender Vetter) — vgl. „Osservatore Romano“ v. 10. Februar 1982

Gesellschaftslebens beruft ... Hier geht es und wird es stets um eine rein innere Angelegenheit aller Polen gehen. Die Bemühung dieser Herbstwochen war und ist gegen niemanden gerichtet... Sie ist im Interesse des Friedens und der internationalen Rechtsordnung ... Die Aktivität von Gewerkschaften hat keinen politischen Charakter, sie darf niemandem als Werkzeug dienen, keiner politischen Partei ... Möge euch stets der gleiche Mut begleiten, der am Anfang eurer Initiative stand, aber auch die gleiche Besonnenheit und Mäßigung. Genau dessen bedarf das Wohl und der Friede unseres Vaterlandes - wie der Primas in seiner erwähnten Ansprache (vom 11. Dezember) und bei anderen Gelegenheiten sagte .."¹⁷

Verringerter Einfluß der Kirche auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen

Damit war Kardinal Wyszyński's Kurs von höchster Stelle abgesehen, aber noch keineswegs durchgesetzt. Der Machtzerfall der regierenden Partei, begleitet vom totalen Vertrauensschwund der Regierten und von zunehmenden wirtschaftlichen Katastrophenzeichen, ließ in Polen ein politisches Vakuum entstehen, dessen „Anziehungskraft“ auf *Solidarność* fast automatisch und von Monat zu Monat stärker wirkte. Immer neu aufflammende Konflikte, Streiks und Zusammenstöße, auch unverkennbare Provokationen, verschärften die Polarisierung. „Die Reparatur der Republik muß bis an die Wurzeln des Übels reichen, aber indem wir die Wurzeln ausreißen, dürfen wir nicht in neue Fehler und Ungerechtigkeiten verfallen“, warnte die Bischofskonferenz am 10. Februar.¹⁸ Die Vermittlungsbemühungen des Primas (dessen Vertrauter Kukołowicz an vielen Krisenherden auftauchte) wurden schwieriger. Als nach einem ersten blutigen Zusammenstoß in Bygoszcz (Bromberg) „*Solidarność*“ für Ende März einen Generalstreik ausrief und der Primas die Gewerkschaftsführer zu sich rief, um sie zum Einlenken zu bewegen, baten sie Wyszyński, seinen Appell auf Tonband zu sprechen - so groß war das Mißtrauen ihrer Basis geworden.¹⁹

Johannes Paul II. aber wagte einen in der Papstgeschichte einmaligen und - als Präzedenzfall - riskanten Schritt: In einem Telegramm an Wyszyński teilte er am 28. März mit, aus allen Teilen Polens erreichten ihn Stimmen breiter Arbeitermassen, die „ihren Willen zum Arbeiten und nicht zum Streiken unterstreichen“ (*wola pracy a nie strajku*).²⁰ Eine Wirkung dieser direkten Intervention war kaum zu verzeichnen; jedenfalls führte sie einen Stimmungsumschwung so wenig herbei, wie es die erste Begegnung zwischen Wyszyński und dem (seit Februar als Regierungschef amtierenden) General Jaruzelski vermochte, bei der sich am 27. März beide Seiten zu „friedlicher Konfliktlösung“ bekannten. Der Einfluß des Kardinals

17 Polnischer Wortlaut der Ansprache in „*Osservatore Romano*“ vom 16. Januar 1981

18 Wortlaut in: „*Tygodnik Powszechny*“ vom 22. Februar 1981

19 Vgl. Interview von Tadeusz Mazowiecki in „*Die Furche*“ (Wien), 21. Mai 1981

20 Vgl. „*Osservatore Romano*“ v. 29. März 1981

reichte noch aus, um im April, nach schweren Spannungen, den Bauern zu einer eigenen Gewerkschaft zu verhelfen; doch seine Krankheit, das Attentat auf den Papst (13. Mai) und Wyszyńskis Tod (28. Mai) ließen auch nach außen deutlich werden, was bei der täglichen Dramatik der Ereignisse verdeckt und wenig beachtet war: daß der Einfluß der Kirche auf die Entwicklung, daß ihre Überzeugungskraft geringer geworden war. In der noch ungewohnten Atmosphäre fast unbegrenzter Rede- und Publikationsfreiheit und neben einer regimekritischen Zehn-Millionen-Organisation wie Solidarność verlor sie unvermeidbar ihre jahrzehntelange Funktion als einzige Zuflucht und Basis für legale Opposition. Einen Augenblick lang schien es, als würde mit dem großen Primas, an dessen Bahre Kardinäle aus West und Ost mit Polens Katholiken und - Kommunisten trauerten, eine Epoche zu Grabe getragen.

Ein Aufruf des Papstes zu dreißigtägiger Trauer und „nationaler Meditation“ wurde von Kardinal Macharski der Regierung und Gewerkschaft übermittelt, zeitigte jedoch keine spürbare Beruhigung im Lande. Der neue Primas Józef Glemp, von Wyszyński selbst (dessen Sekretär er einmal gewesen war) als Nachfolger empfohlen, war entschlossen, auf dessen vermittelndem Kurs, mit dem Elan und unkonventionellen Stil des Jüngeren, weiterzugehen. Aber die Autorität seines Vorgängers hatte er erst zu erwerben. Auch er war sich bewußt, daß sich die „vorübergehende“ Rolle der Kirche im politischen Leben „aus der Lage des Landes ergibt, in der die Staatsmacht keine gemeinsame Sprache mit der Gesellschaft zu finden versteht“.²¹ Dies war auch dem Kongreß der „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei“ im Juli trotz eines neuen Stils innerparteilicher Demokratie und schonungsloser Selbstkritik nur in geringem Maße gelungen.^{21a} Die Macht, von der die Partei durch niemanden — ohne äußere Gefahr — abgelöst werden konnte, entglitt ihr weiter, während in der Solidarność-Bewegung die Macht, die sie - ohne Gefahr der Selbstzerstörung - nicht ergreifen konnte, Frustrationen, Bewußtseinsspaltungen und politischen Zwist auslöste.

Vor Versuchen, die „wachsenden Spannungen zu politischen Kämpfen zu nutzen“, vor „Haß und Rachsucht“, warnte der Episkopat zum ersten Mal am 13. August. Glemp entschloß sich angesichts dieser Tendenz selbst zum Danziger Solidarność-Kongreß zu reisen. Am 5. September predigte er bei der Eröffnungsmesse in der Kathedrale von Oliwa und forderte die Gewerkschafter zu Opfern und Friedensbereitschaft auf - wobei er gewiß nicht mit der Forderung nach freien Wahlen und dem „Appell an die Völker Osteuropas“ rechnete, Vorstößen, durch die dieser

21 So in einem der zahlreichen Interviews, in denen er sich der Öffentlichkeit vorstellte (vgl. „Polityka“ vom 31. August 1981)

21a Vgl. die Dokumentation zum IX. Parteitag in: Europa-Archiv 20/1981, S. D 529 ff; vgl. auch die Analyse von Martin Höllen, Polen: Verständigung gescheitert. Die Kirche denkt an die Zeit nach dem Kriegsrecht, in: Herder-Korrespondenz, 2/1982, S. 65 ff.

Kongreß alsbald innen- wie außenpolitische Tabus verletzte und empörte sowjetische Reaktionen hervorrief. (Vgl. den Brief des ZK der KPdSU an das ZK der PVAP, der am 18. September veröffentlicht wurde). Die Schlußphase des Kongresses, in der Lech Wałęsa am 3. Oktober nur noch 55 Prozent der Stimmen erhielt (eine Quittung für seine gemäßigte Haltung), signalisierte auch den verringerten Einfluß der Kirche.

Um so dringender versuchte gleichwohl die Parteiführung, kirchliche Unterstützung gegen eine weitere Radikalisierung zu gewinnen. Die Idee einer neuartigen „Front der Nationalen Verständigung“, die das Politbüromitglied Stefan Olszowski schon am 22. September aufgebracht hatte, wurde nun mit wechselndem Inhalt hin- und hergewendet: eine „große Koalition“ von Kommunisten und Katholiken? Als Dreierbündnis von Partei, Kirche und Solidarność? Als Regierung oder nur als abstützendes Komitee? Oder überhaupt ohne Beteiligung der Kirche, aber mit einer von ihr inspirierten „christlichen Arbeiterpartei“, in der auch die Gewerkschaft eingebunden — und gezähmt werden könnte?^{21b}

Stundenlang versuchte Außenminister Józef Czyrek am 13. Oktober in Castel Gandolfo, den Papst von der Notwendigkeit irgendeiner solchen Lösung zu überzeugen und sie mit der Notlage des Landes zu begründen (während am gleichen Tage die Moskauer „Prawda“ zum ersten Mal „reaktionäre katholische Geistliche“ beschuldigte, hinter der „polnischen Konterrevolution“ zu stehen). Primas Glemp, der für einige Tage nach Rom kam, war mit dem Papst einig, daß sich die Kirche keinesfalls unmittelbar politisch engagiert dürfe.²¹⁰ Nur sehr allgemein stimmte er daher bei einer Begegnung mit General Jaruzelski am 21. Oktober einer gemeinsamen Verlautbarung zu, wonach „die wachsenden Schwierigkeiten die Bildung einer breiten Plattform der nationalen Verständigung unumgänglich“ machten. Es folgte ein Schritt in dieser Richtung, der weltweit Staunen und Hoffnung auslöste: Am 4. November setzten sich Glemp, Wałęsa und Jaruzelski zum ersten Mal gemeinsam an den Verhandlungstisch. Stand also doch eine Teilung der Macht bevor?

Der Schein trog, denn weder Wałęsa noch Jaruzelski wollte (und konnte) sich auf eine Form der neuen „Verständigungsfront“ festlegen. Nicht nur, weil beide einander nicht ganz trauten und Glemp (der am nächsten Tag wieder für eine Woche nach Rom flog) nur als indirekter Garant dienen wollte. Auch weil beide auf radikale Kräfte in ihren Institutionen Rücksicht nehmen mußten. Und diese waren es, die nun im Strom nahezu anarchischer Zustände²² auf eine Kraftprobe zuzusteuern

^{21b} Vgl. dazu den Vorschlag des Katholischen Abgeordneten Janusz Zabłocki (Publik Forum, 11. 12. 1981).

^{21c} Die päpstliche Sozialenzyklika „Laborem exercens“ vom 14. September 1981, welche die Gewerkschaften vor Mißbrauch des Streiks, überhaupt vor Politik „in der heute üblichen Bedeutung des Wortes“ warnte, wurde auch als Wink nach Polen verstanden. ²² In Rom soll Primas Glemp am 7. November erklärt haben: „Die Leute sind müde... Jede Art Staatsmacht, auch eine unfähige, ist besser als ein Chaos...“ (in „Kultura“, Paris, Nr. 12/1981)

begannen: Eine Forderung des Zentralkomitees der Partei nach „Sondervollmachten“ für die Regierung löste die gewerkschaftliche Drohung mit unbegrenztem Generalstreik aus; eine demonstrative Polizeiaktion gegen streikende Studenten der Feuerwehr-Offiziersakademie heizte die Militanz einer internen Debatte an, zu der sich die Solidarność-Führung Anfang Dezember in Radom traf und deren heftige Worte, verkürzt und noch vergrößert, mit Originalton vom Rundfunk bloßgestellt wurden. Da war von „unvermeidlicher Konfrontation“ die Rede. Eine solche zeichnete sich tatsächlich ab, als dann die Landeskommission der Gewerkschaft bei einer öffentlichen Tagung in Danzig alle Einwände ihrer kirchlichen Berater in den Wind schlug und damit drohte, am 15. Januar durch Volksbefragung über das Vertrauen zur Regierung und die Möglichkeit freier Wahlen entscheiden zu lassen. Dies geschah am 12. Dezember, am Abend vor dem bösen Erwachen...

Vergebens hatte sich Primas Glemp am 7. Dezember doch noch zu einer — von offenkundiger Verzweiflung diktierten - direkten politischen Intervention entschlossen: Im Namen der Kirche, „die seit tausend Jahren das Schicksal unseres Vaterlandes teilt“, warnte er den Sejm brieflich vor Sondervollmachten für die Regierung, weil ein solcher Schritt nur „die Atmosphäre vergiften“ und die Gewerkschaft zum Generalstreik aufreizen würde²³. In ähnlichem Sinne beschwor er in einem Schreiben, dessen Wortlaut nicht bekannt wurde, den Regierungs- und Parteichef Jaruzelski. An Lech Wałęsa jedoch, den er am 10. Dezember noch mündlich umzustimmen versuchte, schrieb er bitter vom zunehmenden Haß im Lande, der die Wahrheit verdunkle. Der Dialog im Stile des 4. November müsse wieder aufgenommen werden. Die Rolle der Kirche in dieser „Dreieinigkeit“ (*trójca*) der Kräfte grenzte Glemp aber auch jetzt sorgsam ein: Sie wolle Staat und Gewerkschaft nur dienen „mit ihrer Erfahrung, ihrer aus dem Evangelium kommenden Reflexion und ihrem menschlichen Wohlwollen“.²⁴

Eben dies hatte offenkundig nicht ausgereicht: Die Kirche hatte sich in diesen sechzehn Krisenmonaten „ununterbrochen betätigt - und doch nicht betätigt, Verantwortung übernommen — und doch nicht übernommen“, wie es der österreichische Kanzler Bruno Kreisky in einer umstrittenen Rede kritisch beschrieb.²⁵ Doch eben diesem Dilemma kann die Papstkirche in Polen nicht entkommen, weil es sich aus ihrer geschichtlich bedingten, national wie religiös motivierten Doppelrolle unvermeidbar ergibt. Es begleitet sie auch seit dem 13. Dezember 1981 in einer neuen, noch viel schwierigeren Phase ihrer Existenz.

23 Wortlaut bei AFP am 8. Dezember 1981

24 Wortlaut in „Zycie Warszawy“ vom 12. - 13. Dezember 1981

25 Wortlaut in „Die Furche“ (Wien) vom 10. Februar 1982